



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht



JURISTENFAKULTÄT

# Rechtsvereinheitlichung im 19. Jahrhundert



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht

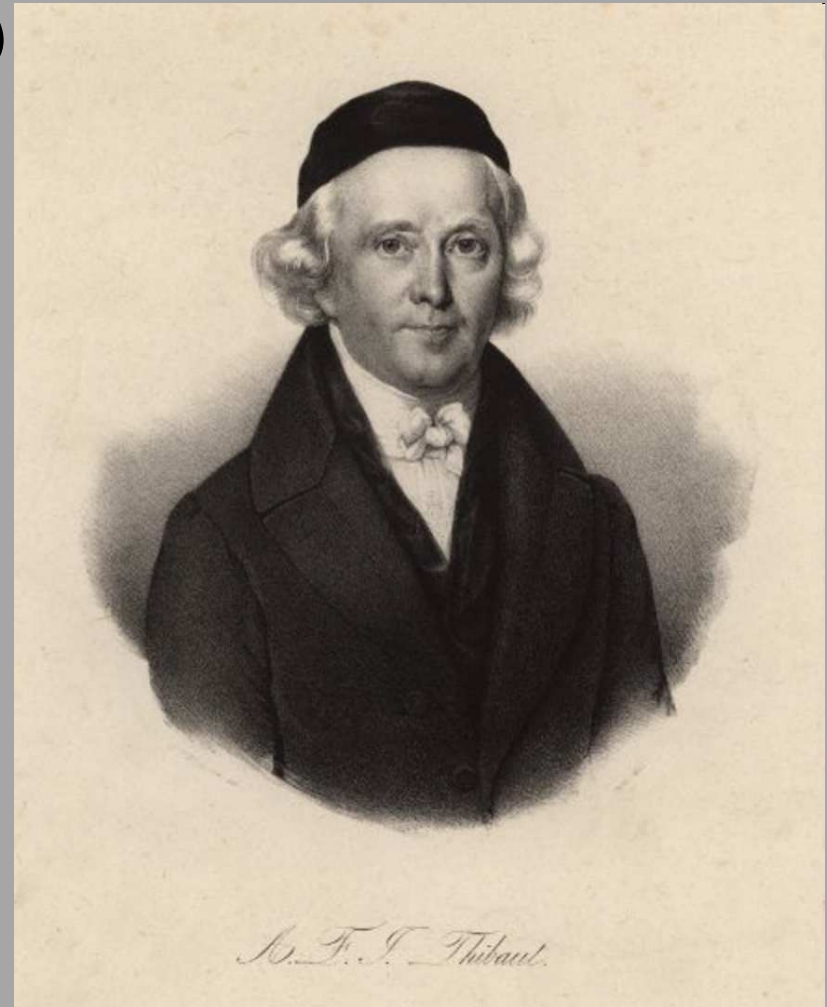


JURISTENFAKULTÄT

## *Anton Friedrich Justus Thibaut (1772 – 1840)*

Studium Jura in Göttingen, Königsberg und Kiel;  
Dr. iur. 1796 Kiel; 1798 ao. Professor in Kiel;  
1802 Professor in Jena  
ab 1806 Professor für römisches Recht in  
Heidelberg

„Über die Notwendigkeit eines allgemeinen  
bürgerlichen Rechts für Deutschland“ (1814)





– **Kodifikationsstreit**

- 1814 Anton Friedrich Justus Thibaut „Über die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland
  - Thibauts Thesen/Forderungen:
    - » einheitliches Gesetzbuch, der Willkür der einzelnen Regierungen entzogen
    - » geltendes Recht ist zerrissen, rückständig, von vielen Streitigkeiten über das römische Recht belastet
    - » neues einfaches Gesetz wäre jedem zugänglich, volkstümlich
    - » Verbindung von Theorie und Praxis im akademischen Unterricht
    - » gleiche Gesetze würden Gleichheit und damit das Nationalgefühl stärken
    - » erweiterter bürgerlicher Verkehr macht Rechtseinheit zur schreienden Notwendigkeit (Bedürfnis)
    - » Mitarbeit bedeutender Gelehrter bedeutet hohe Qualität
  - Thibaut sah Widerstände gegen das Werk voraus
    - » Beschränkung der landesfürstlichen Gewalt
    - » Werk wäre revolutionsbegünstigend
    - » Werk würde den partikularen Unterschieden nicht gerecht
    - » Verletzung des historisch gewachsenen Rechts
    - » Arbeit an diesem Werk wäre zu langwierig und kostspielig



- Staatenbund (abzugrenzen vom Bundesstaat)
- Gründungsurkunde ist die Bundesakte vom 8.6.1815
- Bund war auf Gefahrenabwehr beschränkt
- Gewährleistung dieser Sicherheit bedeutete im Wesentlichen die Abwehr von demokratischen, liberalen und nationalen Tendenzen
- Völkerrechtssubjektsqualität lag sowohl beim Bund selbst, aber auch bei dem Partikularstaaten vor
  
- Bundesversammlung (Bundestag) in Form eines Gesandtenkongresses mit Tagungsort in Frankfurt und unter dem Präsidialvorsitz von Österreich
  
- Unterbrechung des Bundes in den Revolutionsjahren 1848/49
- Auflösung durch Prager Frieden von 1866
  
- Gesetzgebung
  - Karlsbader Beschlüsse (Resultat der Karlsbader Konferenz vom 6. - 31.8.1819)
    - Universitätsgesetz
    - Preßgesetz
    - Untersuchungsgesetz
  
  - Wiener Schlussakte vom 15.10.1820



- **Deutscher Zollverein von 1834**
  - in Preußen bereits seit 1819 ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ohne Binnenzölle
  - entscheidender Schritt zur Rechtenheit
    - Wirtschaftseinheit als Motor zur Rechtenheit
  - Anfangsmitglieder: Preußen, Rheinhessen, Kurhessen, Sachsen, Württemberg, Bayern und die thüringischen Einzelstaaten
  - jedoch aufgrund der unterschiedlichen Geldordnungen nicht ausreichend
  
- **Allgemeine Deutsche Wechselordnung**
  - durch die Frankfurter Nationalversammlung als Reichsgesetz erlassen
  - nach Scheitern der NV bestanden Zweifel an der Gültigkeit der ADWO
    - in Folge wurde die Wechselordnung durch einige Partikularstaaten als Landesrecht eingeführt
  - seit 1870 Bundesgesetz
  - ab 1872 Reichsrecht
  - durch Wechselordnung für das Deutsche Reich vom 03.06.1908 abgeändert
  
  - Geltung bis 1933, in Österreich bis 1938 als Wechsel- und Scheckgesetz
  
- **Allgemeines Recht**
  - bei allgemeinem Recht handelt es sich, wie beim gemeinen Recht, um Recht, welches überall gilt, aber im Vergleich zu diesem nicht aus einer einheitlichen Rechtsquelle stammt



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht



JURISTENFAKULTÄT

# Entstehung des Handelsgesetzbuches und des sächsischen B.G.B.



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht



JURISTENFAKULTÄT

## Entstehung des HGB

### **Kommission der Nationalversammlung**

franz. "code de  
commerce" soll  
berücksichtigt werden

1848

### **Bundesgesetz im Norddeutschen Bund**

1870

### **Vorlage Preußens**

Berücksichtigung der  
Entwürfe Österreichs von  
1842, 1853 und 1857

1850-56

### **Reichsrecht als DHGB**

1871

### **Annahme des Entwurfes durch die Bundesversammlung**

Regierungen der Staaten zur  
Einführung empfohlen (in fast  
allen „deutschen“ Staaten als  
ADHGB angenommen)

1861

### **Angleichung des HGB an das BGB**

in Österreich 1938

01.01.1900



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht



JURISTENFAKULTÄT

## **Verhältnis zum „code de commerce“**

- kein Versicherungs- und Konkursrecht
- keine Handelsgerichtsbarkeit
- größere Gründlichkeit der geregelten Materie des HGB



UNIVERSITÄT LEIPZIG

**Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Kern**  
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,  
Rechtsgeschichte und Arztrecht



JURISTENFAKULTÄT

## Entstehung des sächsischen B.G.B.

**Vorentwurf**

**revidierter Entwurf**

**abgeänderte Annahme als B.G.B.  
für das Königreich Sachsen**

Einbringen des revidierten  
Entwurfs und der Motive in die  
Volksvertretung

am 01.03.1865 in Kraft getreten

1846/53

1860

1863





- Vorläufer des heutigen BGB
- nach dem Pandektensystem geordnet
  - AT
  - Sachenrecht
  - Schuldrecht
  - Familienrecht
  - Erbrecht
- 2620 Paragraphen
- noch erheblich romanistisch überfrachtet
- für seine Zeit aber gut und in 35jähriger Praxis bewährt



UNIVERSITÄT LEIPZIG

— 195 —

# Reichs = Gesetzblatt.

N<sup>o</sup> 21.

Inhalt: Bürgerliches Gesetzbuch. S. 195. — Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche. S. 202.

(Nr. 2321.) Bürgerliches Gesetzbuch. Vom 18. August 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Erstes Buch.

## Allgemeiner Theil.

Erster Abschnitt.

Personen.

Erster Titel.

Natürliche Personen.

§. 1.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.

§. 2.

Die Volljährigkeit tritt mit der Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahrs ein.

§. 3.

Ein Minderjähriger, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, kann durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt werden.

Durch die Volljährigkeitserklärung erlangt der Minderjährige die rechtliche Stellung eines Volljährigen.

Reichs-Gesetzbl. 1896.

Ausgegeben zu Berlin den 24. August 1896.



JURISTENFAKULTÄT